



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

271 (15.6.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-366515](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-366515)

Eine amtliche Erläuterung

Die Finanzlage des Reichs

Gegenüber 1930 haben die Steuern und Abgaben im vergangenen Jahre an Stelle von 8 Milliarden Mark noch nicht 5,5 Milliarden erreicht, und für das Jahr 1933 schätzt man ein Aufkommen von nur rund 5,5 Milliarden Mark. Die Ausgaben des Reichs so unverändert zu lassen, ist bisher nicht angedacht. Von Steuererhöhungen sind nennenswerte Maßnahmen nicht zu erwarten. Bei der Lage des öffentlichen und internationalen Geld- und Kapitalmarkts ist auch mit der Aufnahme von Anleihen nicht zu rechnen. Der Haushaltsentwurf der Reichsregierung sieht in Ausgaben und Einnahmen 8,2 Milliarden Mark vor. Darin sind Ausgaben für landwirtschaftliche Subventionen in Höhe von 20 Millionen Mark enthalten, ferner für Befreiung der Umsteigerarbeiter von der Arbeitslosenversicherung 30 Millionen Mark, für die knappschaftliche Pensionversicherung 25 Millionen Mark und für den freiwilligen Arbeitsdienst 20 Mill. Mark. Im Vergleich mit der Reichsregierung angenommen werden die bereits früher behandelte Salzfiskus in derselben Höhe wieder einzuführen und auf dem Gebiet der Kriegsverfahrensverwaltung des Mißverhältnisses zu beseitigen, das die bisherigen Verhältnisse besser gestellt waren als die verstaatlichten mit Kindern.

Kußerdem hat die Reichsregierung die Maßnahmen in der Kriegsverfahrensverwaltung auf das 15. September begrenzt. Auf diese Weise und durch eine Erhöhung der noch bestehenden Reichsrenten sind noch vorzunehmenden Ausgabenüberschüsse zu vermeiden, den Haushalt auszugleichen. Das in der Wirtschaft liegende Wachstumsmoment, das die bisherigen Einnahmen von 1930 Millionen Mark nicht erreicht werden konnte, ist durch Beteiligung der am 1. Dezember 1932 einwirkenden Kapitalerträge von 5000 Mark gemindert worden. Neben der Sorge um das Durchhalten des Reichshaushalts steht die Reichsregierung vor der größeren Sorge, bei den Gemeinden und den Versicherungsträgern größere Lastenausgleichsmaßnahmen zu veranlassen. Die Maßnahmen der Notverordnung dienen daher vor allem auch der Sicherstellung der Unterhaltung für die Arbeitslosen und der unbedingten Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen insgesamt.

Die Beiträge auf dem gesamten Gebiet der Arbeitslosenversicherung und bei den übrigen Versicherungsträgern werden durch eine Reihe von Maßnahmen befreit. Die Regierung hat trotz der angespannten Finanzlage insgesamt 284 Millionen Mark für soziale Zwecke in dem Reichshaushaltsplan vorgesehen. Für die Arbeitslosenversicherung und die Sozialversicherungsträger sind 207 Millionen Mark einbehalten, für die Invalidenversicherung 402, für die knappschaftliche Pensionversicherung 20 und für den freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen Mark. Diese Posten zusammen betragen ungefähr den vierten Teil der Gesamtausgaben des Reichs nach Abzug der Ueberwälzung der Steueranteile an die Länder. Weitere Beiträge für solche Zwecke konnten unter seinen Umständen aufgebracht werden.

Der Gesamtplan der Arbeitslosenhilfe

Die Sicherheit der öffentlichen Haushalte ist in den letzten zwei Jahren durch die ständig zunehmenden Ersparnisse der Arbeitslosenhilfe immer wieder gefährdet worden. Für die Sicherung der diesjährigen Haushalte kommt es entscheidend darauf an, ob von diesem Unsicherheitsfaktor nach Möglichkeit zu befreien. Zu diesem Zweck ist in Aussicht genommen, die ganze Arbeitslosenhilfe nach Bedarf und Deckung einheitlich in einer Weise zum Gesamthaus der Reichsarbeitnehmer zu rechnen. Nach der letzten Lage noch anzusetzen im Jahresdurchschnitt mit 5 500 000 Arbeitslosen gerechnet werden. Nach der vorgezeichneten Neuordnung bleibt diese Zahl bestehen. Es ändert sich jedoch ihre Zusammensetzung. In der Arbeitslosenversicherung sind an Stelle von 1 200 000 1 170 000 einbezogen, in der Invalidenversicherung 1 600 000 1 745 000, in der Sozialversicherungsträger 2 500 000; die Zahl der Nichtversicherungsträger steigt von 750 000 auf 845 000. Würde es bei der bisherigen Regelung verbleiben, so würde der Gesamtaufwand 207 Millionen Mark betragen. Mit anderen Worten um eine halbe Milliarde mehr, als im Haushaltsjahr 1933 für die Arbeitslosen in Reich und Gemeinden angedacht war. Dieser Mehrbetrag muß auf der Ausgabenseite eingepart werden. Zunächst sollen in der Arbeitslosenversicherung (Kia) die Unterhaltungsleistungen um durchschn. 1/3 gesenkt werden, und die Invalidenversicherung um 1/4 gesenkt werden. Das ergibt eine Er-

parnis von 186 Millionen. In der Invalidenversicherung (Iva) soll die Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt, und die Unterhaltungsleistungen sollen um durchschnittlich 10 v. H. gesenkt werden. Die Ersparnis hier macht 117 Millionen aus. Außerdem sollen die um 15 v. H. gesenkten Sozialbeiträge als Höchsthöhe eingeführt werden, wodurch 67 Millionen eingespart werden. In der Sozialversicherungsträger (Sozial) werden die Unterhaltungsleistungen um durchschnittlich 15 v. H. gesenkt werden, was eine Ersparnis von 148 Millionen ausmacht, mithin Gesamtersparnis 520 Millionen, welcher Betrag von den oben genannten 207 Millionen abgezogen einen Aufwand von rund 300 Millionen Mark ergibt. Demnach erfordert die Kia 798 Millionen, die Iva 1092 Millionen und die Sozial 1142 Millionen. An Deckungsmitteln haben zur Verfügung Anleiheerträge 1933 Millionen, von den Gemeinden aufzubringende Beiträge an Stelle von 1932 Millionen die sie zu zahlen hätten, wenn alles beim alten bliebe 680 Millionen und Reichszuschüsse 567 Millionen, insgesamt also 2590 Millionen. Es fehlen also noch 400 Millionen Mark, die von der Umschmelzung der Schmelze werden müssen. Hiermit ist die Lösung der Unterhaltungsfrage, die sich jetzt nicht die nächsten Jahre bringt, aber weitere Zuschüsse zur Einkommenssteuer, die in ihren Verträgen sicherzustellen zurückzuführen ist, bei ein allgemeiner Zuschlag den Zuschlag nicht bedeu, sondern von vornherein und daher nicht nur für, alle noch in Arbeit befindlichen auszuscheiden der Arbeitslosen mit einem Prozentsatz des Einkommens zu betragen. Diese Abgabe wird für die neuen Monate des Rechnungsjahres 400 Millionen Mark betragen. Die Beiträge zur Kia ergeben einen Ueberschuß von 287 Millionen. Es zusammen mit dem Gemeindefinanzteil in Höhe von 210 Millionen und einem Teil des Reichszuschusses in Höhe von 300 Millionen ergeben die für den Bedarf der Kia nötigen 1000 Millionen. Der Bedarf der Iva wird gedeckt durch die eigene Leistung der Gemeinden in Höhe von 470 Millionen, die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe in Höhe von 400 Millionen und der verbleibenden Teil des Reichszuschusses in Höhe von 272 Millionen, zusammen also 1142 Millionen.

Bedingungen für die Gemeinden

Der dritte Abschnitt der Notverordnung beschäftigt sich mit dem Problem der Wohlfahrtsfürsorge. Da die Gemeinden von ihrem Gemeindefinanzteil für Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 1932 Millionen nur 980 Millionen tragen sollen, muß der Rest aus anderen Quellen kommen. Von diesem Rest sind abzugehen die bereits in den vergangenen Monaten der laufenden Haushaltsjahre verausgabten Beträge in Höhe von 70 Millionen und außerdem 30 Millionen zur Deckung der freiwilligen Arbeitslosen. Die Verhältnisse über die Verteilung der Wohlfahrtsleistungen sind an die Vorarbeiten zur Vereinfachung der Wohlfahrtsleistungen im Rechnungsjahr 1931 an. Man ist, daß der Staat bewußt gebildet ist, und daß die Wohlfahrtsleistungen nur arbeitsfähige, arbeitswillige und unternimmt arbeitslos gewordene Arbeitsnehmer unter 60 Jahren gelten, die in demselben Kontrakte des Arbeitsamtes leben. Die Arbeitsnehmer sollen nicht aufgeschoben werden, wenn jemand vorübergehend nicht als Arbeitsnehmer tätig ist. Das Amt der in Aussicht genommenen Wohlfahrtsleistungen läßt es gerechtfertigt erscheinen, wenn das Reich in Zukunft keine Beteiligung davon abhängig macht, daß der einzelne Bürgerverband eine Hausrolle, eine Rollen- und eine Rechnungsordnung feststellt.

Dafür sollen u. a. folgende Grundzüge gelten: Die Feststellung eines der Erfordernisse äußerer Sparmaßnahme entsprechenden Haushaltsplans darf nicht durch Verlust der Gemeindefinanzteil erschwert oder unmöglich gemacht werden. Persönliche Ausgaben müssen in einem Stellenplan nachgewiesen werden, den die Gemeindevertretungen vorzulegen haben. Kommt kein Haushaltsplan zustande, so hat der Bürgerverband alle erforderlichen Ausgaben zu leisten, um die Finanzierung der Gemeinde sicherzustellen.

Es darf nicht gefordert werden, daß die Landesregierung durch Änderung des Bundesrechts finanzielle Nachteile für die Gemeinden bringt. Der Notverordnung enthält ein ausdrückliches Verbot dieser Art in dem Sinne, daß die finanzielle Belastung der Gemeinden nicht erhöht werden darf.

Eine andere Forderung besteht darin, daß nicht nur die Wohlfahrtsfürsorge, sondern auch die anderen Aufgaben der Wohlfahrtsämter über 60 v. H. des Reichsbeitrags betragen, berücksichtigt werden, sondern alle Wohlfahrtsleistungen in den Grenzen der erhöhten Reichshilfe gelassen. Die Schließung wird verhindert durch Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

Reichs-Heberbrückungskredit

□ Berlin, 15. Juni.

In unterrichtlichen Kreisen stellt man die Bedeutung der finanziellen Maßnahmen, die die Reichsregierung in der gestern veröffentlichten Notverordnung ergriffen hat, vor allem darin, daß die Finanzlage für den Staatsanleihe und damit für eine ordnungsmäßige Staatspolitik in Reich, Ländern und Gemeinden überhaupt erneuert werden ist. Damit ist auch dem drohenden „Kassendamm“ begegnet worden, das man bereits seit einiger Zeit befürchtete. Nur mit Mühe war es gelungen, im Mai und im Juni die Notwendigkeit zu verhindern, daß das Reich einen Heberbrückungskredit in Anspruch nehmen mußte. Wie wir schon gestern berichteten, rechnet man jetzt damit, daß ein solcher Kredit im Juli erforderlich wird. Die Finanzverwaltung eines Heberbrückungskredits dürfte jetzt aber keine Schwierigkeiten mehr machen, da seine erste Voraussetzung, der Einheitszins, hätte durchgeführt werden ist.

Paris, 15. Juni. Wie dem „Journal“ aus Paris berichtet wird, hat gestern drei Schläger im Alter von 11—13 Jahren beim Baden im Denker-Bad tödlich von der Strömung erfaßt worden und ertrunken.

Nadolnys positiver Abrüstungsvorschlag

Italien, Rußland und Oesterreich mit dem deutschen Vorschlag einverstanden

Meldung des Wolff-Büro
— Genf, 15. Juni.

In der letzten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz nahmen u. a. teil: Wladimir Herrick, Sir John Simon, Nadolny, Grandjean, Gagnand. Ueber die Sitzung wurde nach Schluß der Beratungen folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Das Büro der Konferenz für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen hat beschlossen,

die Delegationen aufzufordern, ihre privaten Vorschläge wieder aufzunehmen.

Zwei dieser Vorschläge ist, gewisse grundsätzliche politische Fragen, die in den Berichten der Land-, Flotten- und Luftkommissionen sowie der Kommission für den chemischen und bakteriologischen Krieg aufgeworfen sind, zu klären, um die Behandlung dieser Punkte durch den Hauptausschuß der Konferenz zu erleichtern.

Im Verlaufe der Sitzung gab Herrick dem Büreau einen Überblick auf den Verlauf der Konferenz seit April. Dabei erinnerte er an die Beschlüsse des Hauptausschusses der Konferenz vom April. Herrick sagte, daß nur der russische Vorschlag, der sich mit dem chemischen Kriegsmittel zu befassen habe, eine klare Antwort auf die vom Hauptausschuß gestellten Fragen gegeben habe. Herrick teilte weiter mit, daß inzwischen die deutsche Delegation einen Vorschlag eingereicht habe, und erbat hierauf dem deutschen Vertreter, Reichsminister Nadolny, das Wort.

Reichsminister Nadolny

erklärte kurz den deutschen Vorschlag, der von der Grundlage ausgeht, die die Friedensverträge bezüglich der qualitativen Abrüstung geschaffen hätten. Man habe in den letzten Wochen gesehen, wie schwierig es für die militärischen Sachverständigen sei, Punkte für die Abrüstung ihres eigenen Landes anzuführen. Man müsse sich infolgedessen an das Beispiel halten, das in den Friedensverträgen bezüglich der qualitativen Abrüstung gegeben worden sei. Diese Abrüstung sollte ausdrücklich den ersten Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung bilden. Insbesondere hätten die deutschen Vertreter im Hauptausschuß und den technischen Kommissionen konsequenterweise gefordert,

daß die qualitative Abrüstung allgemein auf das gleiche Niveau festgesetzt werde.

Aus diesen Gründen und angesichts der Ergebnisse der technischen Kommissionen haben wir und erlauben, von neuem diese Forderung in Form eines besonderen Vorschlages dem Hauptausschuß zu unterbreiten.

Eintretend wird im deutschen Vorschlag besonders auf die Entschärfung des Hauptausschusses vom 18. April hingewiesen, wonach die gegenwärtige Abrüstungskonferenz einen ersten auf die beiden Schritte zur allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf das möglichst niedrige Niveau zu vollziehen hat. Die deutsche Delegation schlägt vor, daß man bei der Besetzung derjenigen Waffen, die der qualitativen Abrüstung unterworfen werden sollen, von folgender Fragestellung ausgehen soll:

Angenommen, daß ein Staat eine Politik der besonnenen Angriffs annimmt, oder Angriffsaktionen gegen einen anderen Staat unternimmt, welche sind dann die Abwehrmittel, die mit Rücksicht auf ihren spezifischen Charakter und ohne ihre Verwendung zu Verteidigungszwecken zu präjudizieren an welchen geeignet sind, die Handlungen zum Erfolg zu führen?

Der deutsche Vorschlag zählt sodann im einzelnen die Waffen und allen Rüstungskategorien auf, die diesem Gesichtspunkt der qualitativen Abrüstung unterworfen werden sollen. Dabei sind namentlich diejenigen Waffen angeführt, die Deutschland durch den Versailler Vertrag verboten worden sind.

In der Aussprache erklärten der italienische Delegierte Grandjean, der russische Delegierte Gagnand und der österreichische Delegierte Herrick, daß sie sich dem deutschen Vorschlag vorbehaltlos einverstanden seien.

Der französische Ministerpräsident Herrick erklärte, daß die französische Delegation dem deutschen Vorschlag aufmerksam prüfen werde unter Berücksichtigung des grundsätzlichen Standpunktes, den Frankreich zu den hier aufgeworfenen Fragen einnehme.

Herriot übernimmt Tardieus Argumente

Drängung unserer eigenen Vertreter
— Genf, 15. Juni.

Umgeben von den Vertretern der europäischen Reichstaaten kamen gestern nachmittags die Außenminister Englands, Frankreichs, Italiens und die Hauptdelegationen Nordamerikas und Deutschlands zusammen, um die Frage zu erörtern, ob die Abrüstungskonferenz leben oder sterben solle. In diese Auseinandersetzung das entscheidende Stichwort, auf das sich alle einigten. Es lautet:

„Die Abrüstung kann nur durch die Politiker getrieben werden.“

Solange die Staatsmänner nicht in der Kernfrage zu einer Verständigung gelangen, besteht keine praktische Möglichkeit für die Fortsetzung und Durchführung der Debatte in den Ausschüssen der Sachverständigen. Frankreichs Herrick sprach über technische Angelegenheiten führt zu nichts, wenn nicht der politische Hintergrund vorher geschaffen ist. Herrick erklärte, daß diese Aufgabe bekannt und trotzdem bei uns nicht gelöst, um die politischen Bedingungen anzuführen und durchzuführen. Man soll es bald aber Kopf geben.

Nicht in Genf, sondern in Lausanne, wo Mitte noch nachmittags die erste vertrauliche Aussprache zwischen den lebenden Staatsmännern stattfand, wird sich das Schicksal der Abrüstungskonferenz entscheiden.

In der letzten Nachmittagsitzung aller Hauptvertreter der Abrüstungskonferenz hat man wieder die hundertend bekannten Standpunkte der Hauptmächte kennen gelernt. Es zeigte sich, daß die innerpolitischen Ereignisse in Deutschland, das Ausbleiben der Rüstungen und die Vorbereitung der Reichsanleihe durch die Regierung von Vopen in keiner Weise eine Abänderung, Schwächung oder eine Korrektur oder Abschmähung der Standpunkte zur Folge hatte. Es konnte festgestellt werden, daß Frankreich noch immer eine isolierte Einstellung in der Abrüstungsfrage einnimmt, daß England, Italien, Nordamerika und Rußland den deutschen Reichsantrag auf qualitative Abrüstung vollständig unterstützen, während

Herrick gegen seine Vorbehalte gegen die deutsche Auffassung auf Grund der von Tardieu hier abgegebenen Erklärungen nachsichtig geteilt gemacht hat.

Herrick erklärte zum deutschen Vorschlag zwar, daß er die Frage noch nicht geprüft habe, wiefern sich jedoch einen schrittweise niedergelegten Text vor, der, wie erwähnt, auf die bereits geltend gemachten Vorbehalte Frankreichs aufmerklos machte. Damit fand die Sitzung ihren Abschluß. Er sagte, daß die Tardieu-Schmerzmittel unangenehm bedecken und die Vermutung aufkommen lassen, daß

Frankreich in Lausanne auf eine politische Verständigung der Reparationsfrage mit der Abrüstungsfrage hindert.

Der Plan, eine Rundgebung am Schluß der Konferenz anzuveranlassen, lehnt der Herrick ab und verbindet sich mit dem Projekt für ein „Gegenkommen“ in der Reparationsfrage an Deutschland eine Scheinlösung des Abrüstungsproblems einzuführen. Nur so wäre, wie Herrick gestern abend den Journalisten sagte, Frankreichs Exklusivität in der Reparationsfrage für die gegenwärtige französische Regierung tragbar.

In der Diskussion sprach Herrick der Gefahr, die Vermehrung der Rüstungskategorie von

200 Millionen Schilling mit einem Kapital an die europäischen Staaten zu verbinden, sich wirtschaftlich anzunähern.

Der Tardieu-Plan einer Konferenz

Herrick Herrick hat. Er empfiehlt allen interessierten Hauptmächten, um dem wirtschaftlichen Niedergang Mittel-Europas entgegenzutreten. Man darf annehmen, daß Herrick für diesen Gedanken Modonaldi gewonnen hat und sich demgemäß in Lausanne neben der Reparationskonferenz Verhandlungen über Möglichkeiten einer zwei- und mehrseitigen Zusammenarbeit der Großmächte in Mittel-Europa einleiten wird.

Der Vorschlag fällt also hier auf Wetterer in Genf. Am Donnerstag wird er in Lausanne hochgehoben, die Delegationen der Abrüstungskonferenz suchen Regelung in den Bergen oder sie reisen nach Lausanne ab. Die Journalisten sollen ihnen in die neue Konferenzstadt voraus.

Nationalsozialisten allein in der odenburgischen Regierung

— Odenburg, 15. Juni.

Kunze steht, wie aus einer Mitteilung der Parteileitung der NSDAP in Odenburg hervorgeht, fest, daß die Nationalsozialisten die odenburgische Regierung allein bilden werden. Die Kandidatenfrage ist noch nicht geregelt.

Letzte Meldungen

Wahlskandal einer Mutter

— Colmar, 15. Juni. Die Frau des Straßburger Metzgers Wagnon hat in Odenburg bei einem Wahlkreis die Umarmung ihres beiden Söhne, einem neunjährigen Mädchen und einem achtjährigen Knaben, mit einer sehr schmerzhaften Weisung begleitet und sich dann selbst in der Stube erhängt. Als der Mann von der Arbeit heimkehrte, fand er die Frau tot und die Kinder erschrocken angedrückt auf. Sie dürfte schwerlich mit dem Leben davonkommen.

500 Zentner Malz verbrannt

— Saarland, 15. Juni. Gestern nachmittags gegen fünf Uhr erfolgte im Endstadium der hiesigen Kettendruckerei ein Großfeuer, das an den Malzspeichern reiche Holzruß fand. In milderer Arbeit wurde das Feuer mit vielen Schlauchleitungen bekämpft. Insgesamt wurden 500 Zentner Malz verbrannt. Der Brandschaden beläuft sich noch einer vorläufigen Schätzung auf etwa 70 000 Franken. Der Brandbetrieb erleidet durch das Feuer jedoch keine Beeinträchtigung.

Schwere Gemitterstürme in Frankreich

— Paris, 15. Juni. Wie das aus Rouen berichtet, ist die dortige Gegend durch heftige Stürme und Gemitterregen schwer heimgesucht worden. In der Ortschaft Couleux hat in einem Feld von 10 Hektar das Wasser 1,50 Meter hoch. Man befürchtet, daß die Ernte gelitten hat.

Die Nachforschungen nach Bettram

— Wehr (Westphalen), 15. Juni. Die Nachforschungen in der Zeit und auf dem Wege zur Feststellung der beiden vermissten deutschen Piloten sind in Wange. Sie werden von der Tribüne-Wissenschaftler und Betram. Es werden Untersuchungen zusammengetragen, um den Ausposten, die man entdeckt hat, zu folgen.

mittag vom Reichsminister Dr. Schäffer zu einer Aussprache eingeladen werden. Hervorgehoben ist noch, daß wir mit Vorteil vor einigen Tagen anhängigen konnten, die Verdoppelung der Bürgersteuer nicht in der Notverordnung enthalten ist. Nach Inhalt der Reichsregierung sind die Gemeinden durchwegs in der Lage, mit den erhöhten Reichsanforderungen umzugehen.

Auch die Länder selbst, so wird ausdrücklich erklärt, seien nicht ernsthaft, die Bürgersteuer weiter zu erhöhen. Das ändert natürlich nichts daran, daß diese auch besonders unbedeutende Steuern im nächsten Jahr und in jedem Fall nach den alten Sätzen wiederkehren wird.

Der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister werden heute abend um 7 Uhr in der für die Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde über Inhalt und Sinn der neuen Notverordnung über alle deutschen Sender sprechen.

Selbstmord eines preußischen Staatstales

— Berlin, 15. Juni. Im Gebäude des Preussischen Landtages hat sich auf der Treppe des preussischen Staatsrates das holländische Staatsratmitglied Vagrange (SPD) getötet, indem er sich mit unangenehmen Umständen erlöste.

Der
Im
täglich
87 000
hat die
einen 1
Wochen
40 000
für die
gleichm
Einnah
Markt.
gestellt
sind 10
den zu
unter
Sohlw
Welt, d
in e

haben
vermög
wente
Markt
Wert
Steuern
110 000
nehmen
63 210
sich all
nach m
Bewer
jegliche
Schiffe
der St
Der
mit ein
Unter
Steuern
wenig
wären
Bericht
Wert
210 000
einmal
aufbere
mit ein
redner
Der
haupte
Die
1. d.
1933 2
3. d.
Finanz
Bericht
Reichs
gültig

Herr
Zug d
liche
Unter
geht
sonst
des La
Unfall
Arbeiter
Frühe
der A
Gewinn
Die
auf, de
heute
gebill
minim
der Ne
erreicht
Wirtsch

Histor
„Su
Ein
großes
leben i
Wirtsch
sollung
ein m
50 tie
schleue
Reibend
Weges
Neben
und di
großen
Schlag

„In
Gin
Bauer,
figt.
die. S
erleide
trennen
Die f
den G
wärris
vornam

„In
den M
Strom,
bedienen
einer
sicher
bleiben
einem
durch
aber d
ein m
ein U
Lampf

100prozentige Anfechtserhöhung bei der Hansabank eGmbH. Mannheim

Wegen Statutenänderung eine neue GV. einberufen. Am 11. u. 12. d. M., die gestern im Kolpinghaus...

Neuer die Bilanz. Die nur noch eine teilweilige Zusammenfassung ist, hat es keine Bedeutung...

In der am Donnerstag, den 28. Juni, stattfindenden GV wird alle der Bilanz auf Erhöhung der...

Iduna-Germania-Versicherungs-Gesellschaften

In der v. M. der Iduna-Germania-Versicherungs-Gesellschaften...

In der am 10. d. M. der Iduna-Germania-Versicherungs-Gesellschaften...

Enzinger-Union-Werke AG. Pfeddersheim

In der am 10. d. M. der Enzinger-Union-Werke AG. Pfeddersheim...

GV. im Sprengstoffkonzern

Die GV der Dynamit-AG vom 11. bis 13. d. M. in G. Gumburg...

Verein Chemischer Fabriken AG. Zeitz

Die GV der Verein Chemischer Fabriken AG. Zeitz...

* Gruppe der AG für Zellenkammerwerke AG, Berlin...

Wechselkredit statt Buchkredit

Die Reichsbank als Erzieherin

Die Reichsbank hat schon im März einmal in großem Maßstabe die Kassenabrechnung an die Bankwelt gestellt...

Der Weltmarkt verlangt die Reichsbank diesen Bericht über die Kassenabrechnung zu machen...

Richtung zum „Blitzkrieg“

Die Banken waren leinereit von diesem Wandlungs der Reichsbank wenig erstaunt...

Vertretern des Einzelhandels

Über diese Fragestellungen einander befragt hat. Der war das Ende der Beschlüsse der Reichsbank...

AG. Vereinigte Gaswerke Augsburg

In der am 10. d. M. der Vereinigten Gaswerke Augsburg...

Terralingesellschaft Neu-Westend AG. München

Die GV der Terralingesellschaft Neu-Westend AG. München...

Emil Waeldin Lederfabrik AG. Lehr

Die GV der Emil Waeldin Lederfabrik AG. Lehr...

Frankfurt: heftig

Die GV der Frankfurt: heftig...

Sachen: Inverpflichtete Grundbesitzer

Die GV der Sachen: Inverpflichtete Grundbesitzer...

Deutsche Erdöl-AG., Berlin

Am 31. Dezember 1931 wuchs die Reichsbank ein Geschäftsergebnis von 10.042.850 M gegenüber 10.034.428 M...

Der Abgang der Kohlenverarbeitenden Industrie in Deutschland...

Die deutsche Erdöl-AG., Berlin...

C. H. Knorr AG., Heilbronn a. Neckar

Die C. H. Knorr AG., Heilbronn a. Neckar, (Schiffbau und Vertrieb von Hochgeschwindigkeitsschiffen...

Verlängerung des Golddiskontbank-Bereitschaftskredits

Die Verlängerung des Golddiskontbank-Bereitschaftskredits...

Sanierungsfrage im Lothringen-Konzern

Die Sanierungsfrage im Lothringen-Konzern...

Vergleichsverfahren und Konkurse im Handelskammerbezirk Mannheim

Vergleichsverfahren und Konkurse im Handelskammerbezirk Mannheim...

Pfunde leichter, Dollar fest

Pfunde leichter, Dollar fest...

Holzollerhöhung

Holzollerhöhung...

Frachtenmarkt Duisburg-Ruhrort / 14. Juni

Frachtenmarkt Duisburg-Ruhrort / 14. Juni...

Vertical advertisements on the right edge of the page, including 'Die S...', 'Erst-AL...', 'D.K.W.', 'Speisezi...', 'Modern...', 'Weck-App...', 'Dipl.-Schre...', 'Zahn...', 'Frachtm...', 'Wien...', 'Wien...', 'Wien...'.

